

Interview mit Ralph Lenkert

Agrarpolitik der Partei DIE LINKE

Bundesabgeordneter der Partei DIE LINKE beantwortet Fragen zur Agrarpolitik

Interviewer: Martha Bracklo & Jonas Kleensang

Wodurch zeichnet sich die Agrarpolitik der Partei DIE LINKE aus?

DIE LINKE setzt sich seit vielen Jahren für eine am Gemeinwohl orientierte ökologische und soziale Landwirtschaft ein, die die Versorgung der Menschen vor Ort mit gesunden und nachhaltigen Lebensmitteln sichert, anstatt auf Export und den globalen Weltmarkt setzt. Dazu gehören kostendeckende Erzeuger- und bezahlbare Lebensmittelpreise durch faire Regeln entlang der Lieferkette. Dazu braucht es aus Sicht von DIE LINKE ein geschärftes Kartellrecht, eine Generalklausel gegen unlautere Handelspraktiken und ein Verbot nicht-kostendeckender Erzeugungspreise.

Inwiefern sollte die Tierhaltung in Deutschland eingeschränkt oder reformiert werden?

DIE LINKE setzt sich für einen langfristig gesicherten Umbau hin zu einer gesellschaftlich akzeptierten und klimagerechten Tierhaltung ein. Dazu gehört unter anderem eine Umsetzung der flächengebundenen Nutztierhaltung mit maximal 1,5 Großvieheinheiten pro Hektar, d.h. eine Deckelung am Standort und Region. Das wird viel Geld kosten, muss aber endlich beginnen.

Die bisher profitierenden Verarbeitungs- und Vermarktungskonzerne müssen an den Umbaukosten angemessen beteiligt werden. Gleichzeitig setzt sich DIE LINKE für ein soziales Um- und Ausstiegsprogramm ein, um Nutztierhaltenden die Chance zu geben, rechtzeitig und sozial abgesichert auszusteigen, bevor der Markt sie zur Aufgabe zwingt und quasi enteignet. Dazu gehören auch Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme. Verloren gegangenes Vertrauen muss wieder durch konsequentes Handeln, Planungssicherheit und Perspektiven sichergestellt werden.

Lebendtiertransporte in Drittstaaten müssen verboten werden, so lange nicht sichergestellt werden kann, dass Tierschutzstandards im Zielland und während des Transports eingehalten werden. Lebendtiertransporten, die über das Höchstmaß von vier Stunden hinausgehen, müssen unterbunden werden. Der Transport von Schlachtkörper oder Erbmaterial muss bevorzugt werden. Das Schreddern von Küken alleine aus wirtschaftlichen Gründen hat DIE LINKE immer kritisiert.

Stattdessen müssen echte Alternativen wie z.B. Zweinutzungsrasen und die Aufzucht von Bruderhähnen gestärkt werden. Technische Lösungen wie die Geschlechtsbestimmung im Ei sieht DIE LINKE kritisch. Beim Tierschutz gibt es in der Bundesgesetzgebung nicht nur erhebliche Regelungslücken, die dringend geschlossen werden müssen, sondern auch Vollzugsdefizite, die teilweise mit den Regelungslücken zusammenhängen. Deshalb brauchen sowohl die Tiere als auch die Menschen, die sie betreuen, und die Vollzugsbehörden mehr Rechtsicherheit.

Eine Novelle des Tierschutzgesetzes muss zu mehr Tierschutz beitragen, reicht aber nicht aus, um das im Grundgesetz verankerte Staatsziel Tierschutz wirklich konsequent umzusetzen. DIE LINKE fordert daher neben dem Kampf gegen nicht kostendeckende Erzeugerpreise und Marktübermacht der Konzerne auch Schwerpunkt-Staatsanwalt- und Richterschaften und mehr und verdachtsunabhängige, unangekündigte Kontrollen, inklusive besserer Ausstattung der Veterinärbehörden.

Wer Kenntnisse von Tierschutzverstößen erlangt, soll diese unverzüglich anzeigen, außerdem muss Anzeigen konsequent nachgegangen und Verstöße geahndet werden.

Welche Rechte sollten Arbeitnehmer *innen in der Landwirtschaft zugesprochen werden?

DIE LINKE hat sich in der Debatte zur Novelle der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik immer wieder dafür stark gemacht, dass die Auszahlung von Direktzahlungen nicht nur an ökologische, sondern auch an soziale Kriterien gebunden werden, um faire Bedingungen für alle in der Landwirtschaft Beschäftigten zu sichern.

Das schließt Saisonarbeitskräfte und Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter mit ein. Dazu gehören unter anderem: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ab dem ersten Tag, elektronische Zeiterfassung, Gesundheits- und Arbeitsschutz, angemessene Unterkünfte, Gleichstellung der Geschlechter, Sozialversicherungsschutz ab dem ersten Euro.

Ralph Lenkert

Bundestagsabgeordneter aus Thüringen

Der in Apolda geborene Werkzeugmacher/Techniker für Maschinenbau Ralph Lenkert ist seit 2009 Mitglied des deutschen Bundestags.

2009-2013 war er direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Gera – Jena - Saale-Holzland-Kreis.

Seit September 2013 ist er über die Landesliste Thüringen im Deutschen Bundestag.

Er ist Mitglied im Beirat Bundesnetzagentur und Obmann im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und nukleare Sicherheit.

Außerdem ist er stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur und im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

Wie sollte die Agrarpolitik hinsichtlich Umwelt- und Klimaschutzziele gestaltet werden?

Landwirtschaft ist einer der wenigen Sektoren, der sowohl Quelle als auch Senke von Treibhausgasemissionen ist oder sein kann. Damit ist sie Mitverursacherin und Betroffene vom Klimawandel, aber gleichzeitig auch Teil der Lösung. Biodiversität, Klima-, Umweltschutz sowie die regionale Versorgung mit hochwertigen und gesunden Lebensmitteln dürfen daher politisch nicht gegeneinander ausgespielt werden. Interessenskonflikte müssen gelöst, Agrarbetriebe für Klima- und Umweltschutzleistungen einkommenswirksam honoriert werden.

Aber auch die Konzerne entlang der Lebensmittelkette müssen in die Verantwortung genommen werden, z. B. durch kostendeckende Erzeugungspreise, aber über faire Gewinnverteilung dazu beitragen, dass Lebensmittel bezahlbar bleiben. Die Agrarpolitik muss Taktgeber sein, um diesen Wandel finanziell, durch Anreize aber auch durch Einschränkungen und gesetzliche Regelungen einzuleiten und weiterzuentwickeln.

Der Druck auf die landwirtschaftliche Fläche wird weiterhin steigen. Das darf aber nicht zu einem Verlust von fruchtbaren Ackerböden führen. DIE LINKE will ein Erhaltungsgebot für landwirtschaftliche Flächen.

Welche agrarpolitischen Maßnahmen müssen ihrer Meinung nach auf EU-Ebene getroffen werden?

- ❖ Die Gemeinsame EU-Agrarpolitik und die konsequente Bindung der Direktzahlungen an soziale und ökologische Leistungen
 - ❖ Die Einführung eines verbindlichen und staatlichen Tierhaltungslabels für alle Nutztierarten
 - ❖ Verbot von Lebendtiertransporte in Drittstaaten
 - ❖ Vereinheitlichung und Durchsetzung von Tierschutzstandards (Küekentöten, Qualzucht, illegaler Haustierhandel, usw.)
 - ❖ Ein transparentes und strenges Regelwerk für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln. In der EU nicht zugelassene Pestizide und Pestizidwirkstoffe dürfen weder in der EU produziert noch exportiert werden.
 - ❖ Verbot von Patenten auf Leben. Der Anbau und der Handel mit gentechnisch veränderten Pflanzen, auch aus neuen Gentechnikverfahren, müssen EU-weit verboten werden.
-